

Zuwanderung – das heruntergespielte Problem

- Die Politik gibt sich einer nicht ungefährlichen Illusion hin -

Während der grenzüberschreitende Handel mit Waren, Dienstleistungen und Kapital weltweit zunimmt und dies im allgemeinen auch positiv bewertet wird, tun wir uns sehr schwer mit der Freizügigkeit der Menschen über die politischen Grenzen hinweg. Das Thema „Zuwanderung“ wird zwar von allen möglichen Kommissionen behandelt, gehört aber zu den Tabuthemen der politischen Diskussion. Wer als politische Partei dieses Thema im Wahlkampf verwendet, wird vom politischen Gegner als „Populist“ beschimpft. Das hiermit angesprochene Volk (Volk gleich lateinisch *populus*) wiederum nimmt dieses Schweigen zum Anlaß, der Politik zu mißtrauen, denn in der Bevölkerung ist Zuwanderung ein heiß diskutiertes Thema.

Warum aber diese Unsicherheit, warum diese Politik des Verschweigens? Dahinter steckt offensichtlich die Angst vor der Meinung des Volkes. Und in der Tat: Wer einmal dem Volk „aufs Maul“ geschaut hat, stellt fest, dass es in der Bevölkerung gerade in der heutigen wirtschaftlich unsicheren Situation tieferliegende Bedenken gegenüber zuwandernden Ausländern gibt. Sind diese Bedenken aber berechtigt?

Eine einfache, allgemein gültige Antwort auf diese Frage ist nicht möglich. Nur eines kann man mit Sicherheit sagen: Die beiden extremen Antworten sind falsch: Weder haben diejenigen Recht, die mit dem Aufkleber „Mein Freund der Ausländer“ nur die positiven Seiten hervorheben, noch die, die mit dem Motto „Ausländer raus“ nur die negativen Begleiterscheinungen in den Vordergrund stellen.

Wie immer gibt es auch hier Nutzen und Kosten, Vor- und Nachteile. Und man muß genau hinschauen, unter welchen Bedingungen die Vorteile die Nachteile überwiegen, um dann Maßnahmen ergreifen zu können, die diese Bedingungen zu schaffen versuchen. Denn niemand kann von der heimischen Bevölkerung erwarten, dass sie auf Dauer auch dann Ausländer ins Land läßt, wenn für sie daraus mehr Kosten als Nutzen entstehen.

Um diese Bedingungen etwas näher zu durchleuchten, wollen wir verschiedene Formen der Zuwanderung unterscheiden. Da ist zunächst einmal die Zuwanderung direkt in die Beschäftigung. Gibt es Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt in Gestalt von unbesetzten Arbeitsplätzen, die durch deutsche Arbeitnehmer nicht besetzt werden wollen oder können, dann ziehen alle einen Gewinn daraus, dass Ausländer in Deutschland eine Arbeit aufnehmen. Auch einwandernden Existenzgründern sind unter diesem Gesichtspunkt die Grenzen zu öffnen, weil sie neue Arbeitsplätze auf die Beine stellen. So gibt es nach Schätzungen allein etwa 60 000 türkische Unternehmer, die bis heute über 300 000 Arbeitsplätze geschaffen haben.

Negativer ist die Lage zu bewerten, wenn die Zuwanderer, angelockt von den aus ihrer Sicht sehr hohen Löhnen für minderqualifizierte Arbeit, ähnliche Leistungen zur Verfügung stellen wie die inländischen Beschäftigten. Daraus kann dann unter den Bedingungen des deutschen Arbeitsmarktes – mit seiner geringen Lohnflexibilität und dem gut ausgebauten Sozialstaat – Arbeitslosigkeit entstehen. Dazu kommt es folgendermaßen: Wenn Ausländer nach Deutschland kommen, dann haben sie im Zweifel zunächst einmal einen Job. Allerdings ist offenbar ihr Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben höher als bei den Einheimischen: Ihre Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch.

Wichtiger ist aber der Verdrängungseffekt. Welcher Kellner, welcher Hilfsarbeiter am Bau, welche Putzfrau, welcher Müllwerker ist in vielen Gegenden Deutschlands noch deutsch? Die Deutschen, die früher solche Arbeiten ausgeführt hätten, sind heute arbeitslos und beziehen Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe.

Damit eines aber auch klar ist: Ein Vorwurf gegenüber den zugewanderten Ausländern wäre völlig verfehlt. Schuld sind nicht die Ausländer, sondern das herrschende inflexible

Lohnsystem und das Lohnersatzsystem des Sozialstaates. Diese Merkmale auf der einen und eine millionenfache Einwanderung gerade von Minderqualifizierten auf der anderen Seite passen einfach nicht zusammen.

Aber nicht nur die Leistungen des Sozialstaats sind ursächlich für die Zuwanderung besonders von schlecht Qualifizierten sondern die Leistungen des deutschen Staates insgesamt. Hier in Deutschland können die Zugewanderten von allen Leistungen wie z.B. der Infrastruktur und anderen Sachleistungen profitieren, während sie selbst nur geringe Steuern und Abgaben zahlen.

All das macht Deutschland für Bewohner der Länder, in denen solche Leistungen so gut wie nicht existieren, zu einem „Gelobten Land“. Schätzungen kommen zum Ergebnis, dass z.B. eine türkische Familie, die 1997 mit drei Kindern nach Deutschland kam und zehn Jahre in Deutschland bleibt, aufgrund der genannten Leistungen insgesamt einen „Nettogewinn“ von knapp 120 000 Euro erzielt.

Man sieht: Die Skepsis der deutschen Bevölkerung gegenüber der Zuwanderung ist unter den heutigen Bedingungen zumindest teilweise berechtigt. Diese Skepsis wird weiter zunehmen, wenn die Folgen der Eu-Osterweiterung sichtbar werden. Denn auch auf die Menschen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten wird der Zuwanderungsmagnet deutscher Sozialstaat seine Wirkung nicht verfehlen: So liegt heute die westdeutsche Sozialhilfe für eine vierköpfige Familie etwa beim Vierfachen des Nettolohns eines verheirateten Industriearbeiters mit zwei Kindern in Polen und Tchechien.

Die europäische und auch die deutsche Politik versuchen, dieses Problem herunter zu spielen mit der Bemerkung „Zu viele werden schon nicht kommen“. Der Politik ist es aber selbst nicht so ganz wohl bei dem Gedanken an die möglichen Folgen der EU-Osterweiterung. Wie anders ist es sonst zu erklären, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus diesen Ländern in einer Übergangsphase von mehreren Jahren ausgesetzt werden soll?

Jedoch kann eine solche Maßnahme nicht überzeugen. Die Übergangsfrist ist schnell vorbei. Sinnvoller wäre es, zunächst einmal für die Zuwanderer die Leistungen des Sozialstaats zu streichen, um somit seine magnetische Anziehungskraft auszuschalten.

Dann würden immer noch diejenigen Ausländer zu uns kommen und mit offenen Armen empfangen werden, die zu beiderseitigem Nutzen hier eine Arbeit aufnehmen. Diese brauchen wir schließlich in Zukunft mehr denn je, denn die schrumpfende deutsche Erwerbsbevölkerung muß aus dem Ausland ergänzt werden, wenn Deutschland nicht in Stagnation verfallen will.